

**Geschäftsbericht
und Rechnung 2002**
Pensionskasse



Impressum

Herausgeber

Pensionskasse Stadt Zürich
Strassburgstrasse 9, 8039 Zürich
Tel. +41 (0)1 216 55 55
Fax +41 (0)1 216 09 63
E-Mail: info@pkzh.ch
Internet: www.pkzh.ch

Text

Dr. Ernst Welti, Armin Braun,
Margrit Bieri, Urs Muntwyler,
Rudolf Thoma, Decimo Vincenzi

Konzept und Gestaltung

agor ag, Marketing, Werbung,
Public Relations, 8037 Zürich

Fotos

Jürg Waldmeier, 8003 Zürich

Druck

Karl Schwegler AG, 8050 Zürich
Auflage 39'000 Exemplare

Bildkonzept

Die Stadt Zürich bietet den Menschen eine
ausserordentlich hohe Lebensqualität.

Die Bilder unseres diesjährigen Geschäfts-
berichtes zeigen dazu Beispiele aus Freizeit,
Bildung, Wohnen, Kultur, Service Public und
Konsum.



Entspanntes Genießen, aktives Vergnügen:

Badi Enge im Tages- und Nachtbetrieb

Inhalt

Geschäftsbericht

Wichtigste Kennzahlen	2
Vorwort	3
Rückblick und Ausblick	4 – 7
Jahresbericht	8 – 13
Vermögensanlagen	14 – 18
Performance	19 – 23
Jahresergebnis und Deckungsgrad	24

Jahresrechnung

Betriebsrechnung	26 – 28
Bilanz	28
Jahresrechnung – Anhang	29 – 38
Bericht der Kontrollstelle	39

Allgemeine Informationen

Organe	42 – 43
Angeschlossene Unternehmen	44

Wichtigste Kennzahlen

	2002	2001
<u>Aktiv Versicherte</u>	24'051	23'000
<u>Pensionsberechtigte</u>	14'207	14'095
<u>Angeschlossene Unternehmen</u>	137	136
<u>Vermögen in CHF</u>	10'060'213'022	10'999'255'319
<u>Jahresergebnis in CHF</u>	-1'263'549'258	-894'270'307
<u>Performance</u>		
Gesamtrendite, bestehend aus Direkterträgen und Wertveränderungen – in %	-6.6	-5.4
<u>Deckungsgrad</u>		
Verhältnis des Vermögens zu den Verpflichtungen – in %	119.4	138.3

Vorwort

Die Umwandlung der Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) in eine öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung wurde an der Gemeindeabstimmung vom 2. Juni 2002 mit 81% Ja-Stimmen angenommen. Nachdem sie seit ihrer Gründung im Jahr 1913 eine Abteilung des städtischen Finanzdepartements war, hat die PKZH nun im Januar 2003 ihre selbstständige Tätigkeit aufgenommen. Sie wird von einem Stiftungsrat geleitet, der paritätisch aus 10 Versicherten- und 10 Arbeitgebervertretungen zusammengesetzt ist.

Die aktiv Versicherten und Pensionsberechtigten können – trotz ungünstiger Börsenentwicklung – mit ihrer Pensionskasse zufrieden sein. Im Jahr 2002 wurden die Altersguthaben mit 12.1% verzinst und die Renten um 1% erhöht. Ende 2002 bestanden immer noch Reserven von rund 19% des Deckungskapitals.



Die Kasse verfügt damit nach wie vor über genügend Risikofähigkeit, um an ihrer bisherigen Anlagestrategie festzuhalten. Allerdings setzt dies voraus, dass bei der Verteilung der Vorsorgereserven im Moment äusserste Zurückhaltung geübt werden muss. Oberste Priorität hat die Gewährleistung der langfristigen Sicherheit.

Ich betrachte es als ehrenvoll, dass mich der Stiftungsrat zu seinem ersten Präsidenten gewählt hat und werde mich dafür einsetzen, dass das hohe Qualitätsniveau der PKZH erhalten bleibt.

Der Präsident des Stiftungsrates

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Martin Vollenwyder'. The signature is fluid and cursive.

Stadtrat Martin Vollenwyder



Konzentriertes Lernen fürs ganze Leben:

[Erstklässler im Schulhaus Altweg \(Albisrieden\)](#) und [Studenten an der ETH Hönggerberg](#)

Rückblick und Ausblick

Teuerungsausgleich und Koordinationsbetrag

Die Löhne des Personals, das den städtischen Lohnbestimmungen untersteht, wurden auf den 1. Januar 2002 generell um 1% erhöht. Auf Juli 2002 ist für das städtische Personal ein neues Personalrecht und damit zusammenhängend ein neues Lohnsystem in Kraft gesetzt worden.

Den Pensionsberechtigten der Stadt Zürich und der angeschlossenen Unternehmen wurde auf den 1. Januar 2002 zu Lasten der Pensionskasse eine teuerungsbedingte Rentenerhöhung von 1% gewährt.

Der Koordinationsbetrag für die Vollbeschäftigten – der sich nach demjenigen des BVG richtet – blieb im Geschäftsjahr unverändert bei CHF 24'720.

Neues Anlagekonzept

Das Anlagekonzept 2002 ersetzt formell die bisherigen Konzepte von 1994 und 1998. Materiell passt es die Anlagestrategie an den Vorsorgeplan 2002 an, der zu Beginn des Berichtsjahres in Kraft getreten ist (siehe Geschäftsbericht 2001, Seite 5). Die Anlagestrategie ist also konsequent auf das Leistungs- und Beitragssystem der Pensionskasse ausgerichtet.

Ferner legt das Anlagekonzept Ziele und Grundsätze sowie Durchführung und Überwachung der Vermögensanlagen nachvollziehbar fest. Die Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) bringt damit zum Ausdruck, dass sie weiterhin eine rationale, an langfristigen Zielen orientierte Anlagepolitik betreibt.

Neues Rechtskleid, neues Erscheinungsbild

Die Umwandlung der Pensionskasse von einer Abteilung des städtischen Finanzdepartements in eine selbstständige Vorsorgestiftung wurde am 2. Juni 2002 vom Volk wuchtig angenommen. Die Inkraftsetzung erfolgte auf Januar 2003.

Die Haupttätigkeit der Geschäftsstelle bestand im Berichtsjahr darin, den Wechsel in das neue Rechtskleid administrativ und organisatorisch voranzutreiben. Insbesondere waren die Wahlen in den Stiftungsrat und dessen erste Sitzungen vorzubereiten.

Gleichzeitig mit dem neuen Rechtskleid gibt sich die PKZH ein neues Erscheinungsbild. Ab 2003 werden alle Dokumentationen und Briefe den Eintritt in die neue Ära auch visuell unterstreichen.

Wahl und Konstituierung des Stiftungsrates

Die Wahlen der Versichertenvertretungen in den Stiftungsrat für die Amtsdauer 2003 bis 2006 führten in zwei Wahlkreisen zu Kampfwahlen. In den übrigen Wahlkreisen wurden keine Gegenkandidaturen aufgestellt, so dass die von den Personalverbänden vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt galten.

Am 5. November des Berichtsjahres hat der Stiftungsrat seine konstituierende Sitzung abgehalten und erste grundlegende Beschlüsse gefasst. Insbesondere hat er aus seinem Kreis die Mitglieder des Stiftungsausschusses und der Anlagekommission gewählt. Am 3. Dezember wurde eine weitere Sitzung durchgeführt, die vom Stiftungsausschuss vorbereitet worden ist.

Informationstätigkeit

Im März des Berichtsjahres erhielten die Versicherten einen Versicherungsausweis, der sie unter anderem über den Stand ihrer Altersguthaben und die voraussichtlichen Pensionsansprüche orientierte. Neu wurde bei jenen Versicherten, die das Leistungsziel nicht voll erreichen, der dafür notwendige Einkaufsbetrag individuell auf dem Ausweis vermerkt.

Im August haben – wie im Vorjahr – alle Versicherten und Pensionsberechtigten die volle Version von Geschäftsbericht und Rechnung erhalten. Mit gleicher Post ist ein Merkblatt über die Umwandlung der PKZH in eine öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung verschickt worden.

Im Berichtsjahr wurde das Informationsangebot auf der Website (www.pkzh.ch) ausgebaut. Dadurch können folgende zusätzlichen Inhalte via Internet abgerufen werden:

- Merkblätter für Versicherte und Personalverantwortliche
- Checkliste Personaladministration
- Sitzungen des Stiftungsrates
- Portrait des Stiftungsrates
- Monatlich neueste Zahlen zu Deckungsgrad, Reserven, Vermögen und Performance.

Rechtsmittelverfahren

Entscheide der PKZH können entweder direkt beim Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich (durch Klage) oder vorab bei der Geschäftsleitung der PKZH (durch Einsprache) angefochten werden. Nach dem Einspracheentscheid der Geschäftsleitung steht selbstverständlich immer noch der Rechtsweg an das Sozialversicherungsgericht offen.

Im Berichtsjahr gingen 31 Einsprachen ein. Vom Gesamtbestand konnten 12 Einsprachen durch Wiedererwägung erledigt werden. In weiteren sechs Fällen wurde eine Rückforderung infolge wirtschaftlichen Härtefalls erlassen. Sieben Einsprachen sind abgewiesen und deren fünf zurückgezogen worden. Ende 2002 waren noch 15 Einsprachen pendent.

Beim kantonalen Sozialversicherungsgericht wurden zwei Klagen gegen die PKZH erhoben und drei Urteile zu deren Gunsten gefällt. Weiter musste bei der kantonalen Aufsichtsbehörde eine Stellungnahme zur Teilliquidation «Urban Kapo» eingereicht werden. Auf der Stufe des Eidgenössischen Versicherungsgerichts ging eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen die PKZH ein. Die oberste Instanz fällte zwei Urteile zugunsten sowie eines gegen die PKZH.



Unterschiedliche Streitpunkte

Die thematischen Schwerpunkte der behandelten Rechtsmittel und ergangenen Urteile gliedern sich wie folgt:

- Insgesamt 18 Fälle betrafen die Rechtmässigkeit einer Rückforderung und – teilweise damit zusammenhängend – die Berechnung der Überentschädigung oder die Frage des Erlasses einer Rückforderung.
- In drei Verfahren war bei unbestrittener Invalidität der Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit oder die Frage der Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit Streitgegenstand.
- In acht Fällen stand das Vorliegen bzw. das Ausmass eines Erwerbsinvaliditätsgrades zur Diskussion.
- Die Beantragung einer Ehegattenpension anstelle einer statutarisch vorgesehenen Kapitalabfindung gab Anlass zu zwei weiteren Verfahren.

Bisherige Kassengremien

Für die 1999 gewählte Kassenkommission und ihre Subgremien endete im Berichtsjahr die Amtstätigkeit. Ab 2003 sind der Stiftungsrat und seine Suborgane zuständig.

Die Kassenkommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt drei Sitzungen zusammen. Sie behandelte neben den ordentlichen Geschäften namentlich das Anlagekonzept 2002.

Die insgesamt vier Sitzungen des Kassenausschusses dienten vor allem der Vorberatung der Geschäfte der Kassenkommission und der Behandlung der Quartalsberichte der Hypothekenverwaltung. An zusätzlichen drei Workshops hat der Kassenausschuss diverse Reglemente und weitere Grundlagen zu Händen des Stiftungsrates vorberaten.

Schwergewichte der 21 Sitzungen und Workshops der Anlagekommission bildeten die Umsetzung des Anlagekonzeptes 2002 sowie die laufende Überwachung der Vermögensanlagen. Einzelheiten sind im Abschnitt «Vermögensanlagen» (Seiten 14 bis 23) dargestellt.

Geschäftsstrategie und grundlegende Konzepte

Für die PKZH soll eine Geschäftsstrategie erarbeitet werden, welche die Geschäftsfelder der Stiftung bestimmt und die Ziele festlegt. Davon ausgehend können in einem nächsten Schritt die notwendigen Konzepte erarbeitet werden. Neben dem bereits bestehenden Anlagekonzept wird neu insbesondere ein Vorsorgekonzept erstellt. Dieses soll verschiedene Grundsätze in einen kohärenten Zusammenhang stellen, z.B. hinsichtlich Angebot der Versicherungsleistungen, Finanzierung und Reservenpolitik.

Überprüfung der Altersleistungen

Mit Bezug zur ersten BVG-Revision ist vorgesehen, das frühestmögliche Rücktrittsalter auf 58 oder 59 anzusetzen und eine teilweise Kapitaloption einzuführen.

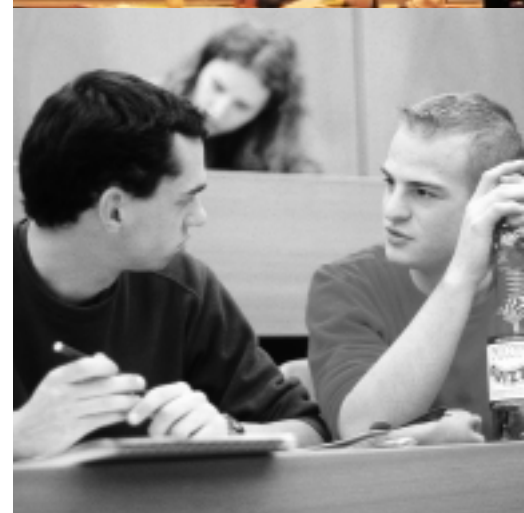
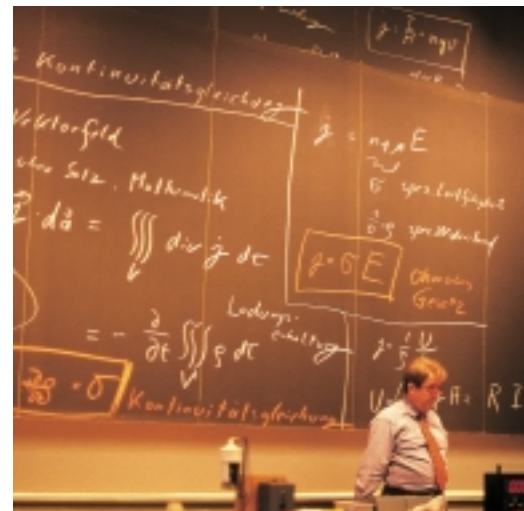
Projekt Invalidität

Es ist geplant, die Bestimmungen zur Invalidenversicherung umfassend zu überprüfen. Damit koordiniert sollen – im Rahmen des Personalrechts der Stadt Zürich – Massnahmen zur Verhütung von Invaliditätsfällen und Anreize zur Weiterbeschäftigung oder Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz geschaffen werden. Infolge der Arbeiten zur Verselbstständigung der PKZH hat sich die Realisierung des Projektes verzögert.

Erhöhung des Risikobeitrages

Aufgrund des Schadenverlaufs der letzten Jahre reicht der Risikobeitrag von 2% des koordinierten Lohnes nicht mehr, um die damit zu deckenden Leistungen für die Risiken Invalidität und Tod zu finanzieren. Der technisch korrekte Risikobeitrag beträgt heute 3%. Es ist vorgesehen, diese notwendige Anpassung auf 2004 hin vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang wird die Aufteilung der Beiträge zwischen den Versicherten und dem Arbeitgeber neu geregelt. Für das Personal der Stadt Zürich entscheidet darüber der Gemeinderat, für das Personal der angeschlossenen Unternehmen die jeweils zuständige Arbeitgeberinstanz.





Neuer Wohnraum für Individualisten:

[Loft im ehemaligen Kühlhaus der Brauerei Hürlimann an der Brandschenkestrasse](#)

Jahresbericht

Versichertenbestand und Mutationen

Ende 2002 zählte die Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) 24'051 Versicherte, was einer Zunahme von 1'051 Personen innert Jahresfrist entspricht. 4'037 Neueintritten stehen 2'986 Austritte gegenüber. Damit verzeichnete die PKZH deutlich weniger Abgänge als im Vorjahr (3'914).

Die Zahl der Versicherten bei den angeschlossenen Unternehmen stieg im Jahr 2002 um 265 auf 3'131. Drei Unternehmen haben sich neu für die PKZH als Partnerin für die berufliche Vorsorge entschieden. Demgegenüber kam es zu zwei Austritten von angeschlossenen Unternehmen.

Die Zahl der Todesfälle stieg bei den «Aktiv Versicherten» von 24 im Vorjahr auf 31 im Jahr 2002. Diese Quote liegt insbesondere bei den Männern (mit 18 Todesfällen) weiterhin deutlich unter den statistischen Erwartungswerten.

Aktiv Versicherte

	Männer	Frauen	Total
<u>Stand am 31. Dezember 2001</u>	10'934	12'066	23'000
<u>Zugänge</u>			
Eintritte	1'325	2'712	4'037
<u>Abgänge</u>			
Austritte	837	1'755	2'592
Todesfälle	18	13	31
Altersrücktritte	92	97	189
Invaldisierungen	97	77	174
Abgänge Total	1'044	1'942	2'986
<u>Veränderungen gegenüber Vorjahr</u>	281	770	1'051
<u>Stand am 31. Dezember 2002</u>	11'215	12'836	24'051
<u>Verteilung</u>			
Städtische Versicherte	10'069	10'847	20'916
Angeschlossene Unternehmen	1'145	1'986	3'131
Freiwillig Versicherte	1	3	4



Pensionsberechtigte

Der Bestand der Pensionsberechtigten hat sich im Jahr 2002 auf 14'207 erhöht. Nicht eingeschlossen sind die 942 Alters-, Invaliden- und Entlassenen-Kinderpensionen. Bei den Zugängen handelt es sich grösstenteils um Invalidenrenten (44%) und Alterspensionen (32%). Den insgesamt 761 Zugängen stehen 649 Abgänge gegenüber. Der Grossteil der Abgänge ist auf Todesfälle zurückzuführen.

Alterspensionierungen

Der Bestand der laufenden Alterspensionen von 9'217 (Vorjahr 9'294) hat sich erstmals seit vielen Jahren verringert. Dies ist eine Folge der Beendigung der Aktion Frühpensionierung, die per 31.12.2001 abgeschlossen wurde. Den insgesamt 243 Zugängen (davon 185 neue Pensionen und 58 Übertritte) stehen 320 Abgänge – meist Todesfälle – gegenüber. Zu den Alterspensionen werden 153 Alters-Kinderpensionen ausbezahlt.

Die Anzahl der Zu- und Abgänge im Vergleich zur Statistik mit den «Aktiv Versicherten» (Seite 9) weicht geringfügig voneinander ab, da ihr unterschiedliche Beobachtungsperioden zugrunde liegen.

Invalidenpensionen

Der Bestand der Invalidenpensionen hat sich im Jahr 2002 um 12%, auf insgesamt 1'734 (1'207 voll- und 527 teilinvalid) erhöht. Neu wurden 289 Personen eine Invalidenpension (181 voll- und 108 teilinvalid) zugesprochen. Bei 33 Neuzugängen handelt es sich um rückwirkende Fälle. Eine Hälfte davon betrifft das Jahr 2001, die andere die Jahre 1990 bis 2000. Die 147 Abgänge setzen sich wie folgt zusammen: Todesfälle, Übertritte zu Alterspensionen, Übertritte von Voll- zu Teilinvalidenpensionen bzw. umgekehrt, Abläufe von befristeten Pensionen sowie Teil- oder Vollreaktivationen.

Anzahl Pensionen

	Männer		Frauen		Total	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Total	6'437	6'407	7'770	7'688	14'207	14'095
Alterspensionen	5'359	5'448	3'858	3'846	9'217	9'294
Invalidenpensionen	834	733	900	816	1'734	1'549
Ehegattenpensionen	110	99	2'819	2'829	2'929	2'928
Sonstige Hinterlassene	13	12	88	81	101	93
Waisenspensionen	69	62	79	81	148	143
Pensionen aus Entlassungen	52	53	26	35	78	88

Zu den Invalidenpensionen werden 755 Invaliden-Kinderpensionen ausgerichtet. Das entspricht einer Bestandserhöhung von 25%.

Differenzen im Vergleich zur Statistik mit den «Aktiv Versicherten» (Seite 9) sind damit begründet, dass die Beobachtungsperiode ungleich ist. Abgänge auf den 31. Dezember 2002 erscheinen als neue Pensionsberechtigte erst auf den 1. Januar 2003. Ausserdem gibt es immer einige Invaliditätsfälle, die im aktiven Bestand bereits als Abgänge registriert, jedoch als Invalidenpensionen noch nicht aufgenommen wurden, da zuerst zeitraubende Abklärungen getätigt werden müssen.

Hinterlassenenpensionen

2'929 Ehegatten, 148 Waisen und 101 sonstige Bezugsberechtigte (Familienangehörige, Konkubinatspartner) haben Anspruch auf eine Hinterlassenenpension. Den 179 Zugängen stehen 165 Abgänge (Todesfälle, Abläufe) gegenüber.

Pensionen aus unverschuldeter Entlassung

Der Bestand der Pensionen aus unverschuldeter Entlassung hat sich von 88 auf 78 verkleinert. Es wurden sieben Zugänge und 17 Abgänge (Abläufe befristeter Pensionen) registriert. Die Zugänge stammen aus dem ersten Halbjahr, vor dem Inkrafttreten des neuen Personalrechts. Der Bestand wird sich nun laufend verringern, da aufgrund der geltenden Regelung keine neuen Pensionen mehr beschlossen werden.

Sterblichkeit

	Durchschnittlicher Bestand		Todesfälle			
	Männer	Frauen	Männer		Frauen	
			eingetreten	statistisch erwartet	eingetreten	statistisch erwartet
Todesfälle von aktiv Versicherten und Invaliden						
Zusammen	11'862	13'315	29	32	22	18
Aktiv Versicherte	11'075	12'451	18	28	13	16
Invalide	787	864	11	4	9	2
Todesfälle von Pensionsberechtigten						
Zusammen	5'690	6'967	208	246	252	274
Alterspensionierte*)	5'504	3'905	203	240	105	103
Ehegatten	107	2'896	5	6	144	168
Waisen	66	80	–	–	–	–
Sonstige Angehörige	13	86	–	–	3	3

*) inkl. ehemals Invalide, die das 63. Altersjahr vollendet haben



Geborgenheit und Lebensfreude: Familienwohnung an der Neugasse im Kreis 5

Erhöhung der Pensionen

Auf den 1. Januar 2002 konnten die Pensionen unbefristet um 1% erhöht werden. Aufgrund der aussergewöhnlich unsicheren Wirtschaftslage ist der Stiftungsrat aber sehr zurückhaltend mit der Reservenverteilung. Oberste Priorität ist es, die langfristige Sicherheit zu gewährleisten. Im 2003 werden deshalb die Pensionen nicht der Teuerung angepasst. Gegenüber dem Zürcher Index entsteht dadurch ein kleiner Rückstand von 0.5%. Dieser soll in Zukunft wieder aufgeholt werden, sobald die Wirtschaftslage dies zulässt.

Angeschlossene Unternehmen

Die Zahl der angeschlossenen Unternehmen belief sich per Ende 2002 auf 137 (Vorjahr 136). Folgende Betriebe mit insgesamt 102 Versicherten sind neu eingetreten:

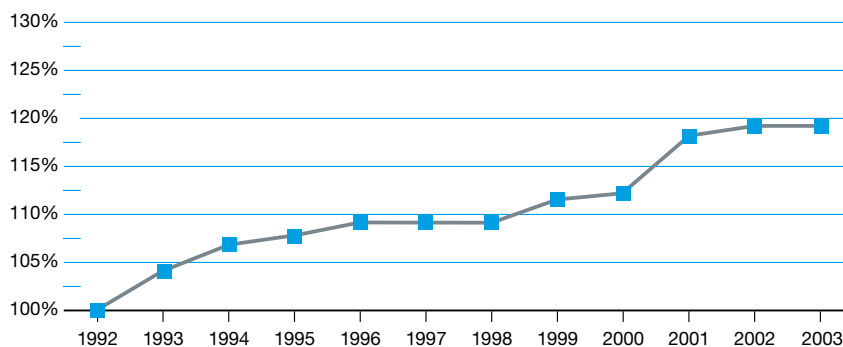
- Alterswohnheim Studacker
- Alterswohnheim Tannenrauch
- VP-Management GmbH.

Ausgetreten sind die Rheuma- und Rehabilitationsklinik Leukerbad und die Jugendzeitung TOASTER.

Der Austritt der Klinik steht im Zusammenhang mit deren Übernahme durch die Gesellschaft RZL Rehabilitationszentrum Leukerbad. Die Aktivitäten der Zeitung TOASTER wurden per Ende Februar 2002 eingestellt. Dies hatte die Auflösung der Mitgliedschaft bei der PKZH zur Folge.

Alle angeschlossenen Unternehmen sind auf Seite 44 aufgeführt.

Erhöhung der Pensionen seit 1993



Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

Im Jahr 2002 nutzten 229 Versicherte (Vorjahr 207) die Möglichkeit der Wohneigentumsförderung mit Mitteln aus der beruflichen Vorsorge. Insgesamt konnten 152 Auszahlungen (Vorjahr 150) im Umfang von CHF 14.9 Mio (Vorjahr CHF 14.3 Mio) vorgenommen werden. Die Zahl der Verpfändungen stieg auf 42 (Vorjahr 29). Da sich der Versicherungsschutz bei Invalidität und Tod durch den Vorbezug von Vorsorgegeldern verringert, schlossen 49 Versicherte (Vorjahr 82) eine Ersatzversicherung ab.

Information der Versicherten: klar und transparent

Eine Umfrage bei den angeschlossenen Unternehmen Ende 2001 hat gezeigt, dass die Versicherten zwar mit der Informationspolitik zufrieden sind, punkto Verständlichkeit und Klarheit der Inhalte allerdings Verbesserungen wünschen. Die PKZH hat für das Jahr 2002 denn auch Anstrengungen unternommen, die Qualität der Informationsmittel zu verbessern, die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Versicherten zu verstärken und die Serviceleistungen auszubauen.

Neben der neuen Rechtsform und dem neuen Erscheinungsbild der PKZH stand die Vereinheitlichung der Ausweise im Vordergrund. Die Versicherten erhalten ab 2003 nach jeder Ein- oder Auszahlung, die zu einer Anpassung ihrer Vorsorgeleistungen führt, einen neuen Vorsorgeausweis. Damit sind sie jederzeit über ihre aktuell gültige Vorsorgesituation informiert.

Gleichzeitig wurden die Vorsorgeausweise übersichtlicher gestaltet und deren Struktur vereinheitlicht. Entsprechend angepasst wurden auch die Erläuterungen zu den Ausweisen. Eine weitere Neuerung betrifft die Möglichkeit, Simulationen der individuellen Vorsorgesituation durchzuführen. Auf Verlangen der Versicherten können die Auswirkungen von möglichen Ereignissen wie Einkäufe, Einlagen oder Auszahlungen auf die persönliche Vorsorgesituation simuliert und im Vorsorgeausweis dargestellt werden.

Um die Verständlichkeit und Klarheit der Versicherteninformationen zu verbessern, sind alle Dokumente und Internetseiten sprachlich angepasst worden. Im Sinne einer konsequenten Ausrichtung auf die Kunden wurden die Merkblätter überarbeitet. Gleichzeitig ist das Informationsangebot auf www.pkzh.ch markant ausgebaut worden (siehe auch Seite 5).





Kulturelle Highlights für jeden Geschmack: [Country-Festival im Albisgütli und Migros-Museum im ehemaligen Löwenbräu-Areal](#)

Vermögensanlagen

Neue Anlagestrategie

Die Kassenkommission beschloss am 8. Januar 2002 ein neues Anlagekonzept. Dieses besteht aus den Teilen «Anlagestrategie 2002» und «Anlageorganisation 2002». Wesentliche Änderungen gegenüber dem vorher geltenden Konzept wurden

bereits im Geschäftsbericht 2001 (Seiten 20 und 21) dargestellt. Eine Zusammenfassung kann im Internet unter www.pkzh.ch heruntergeladen werden.

Gemäss der Anlagestrategie 2002 wird das Vermögen strategisch wie folgt aufgeteilt:

Strategische Vermögensaufteilung («Zielallokation»)

	höchstzulässige Unterschreitung in %	Anlagestrategie 2002 in %	höchstzulässige Überschreitung in %
Nominalwertanlagen	-7.5%	37.5	+10.0
CHF-Nominalwerte	-5.0%	25.0	+10.0
FW-Nominalwerte*	-7.5%	12.5	+7.5
Sachwertanlagen	-10.0%	62.5	+7.5
Immobilien*	-5.0%	10.0	+5.0
Aktien	-7.5%	45.0	+5.0
– Aktien Schweiz		8.0	
– Aktien Ausland**		32.0	
– Private Equities		5.0	
Commodities**	-1.5%	2.5	+1.5
Hedge Funds*	-2.0%	5.0	+3.0
Total		100	

* Soweit die Anlagekategorie in US-Dollar, Japanischen Yen oder Britischen Pfund angelegt ist, wird das entsprechende Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken zu 100% abgesichert.

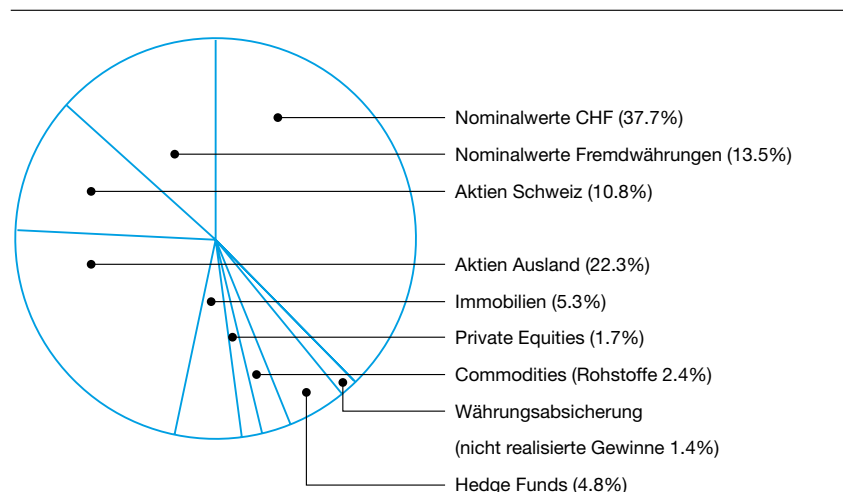
** Soweit die Anlagekategorie in US-Dollar, Japanischen Yen oder Britischen Pfund angelegt ist, wird das entsprechende Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken zu 50% abgesichert.

Umsetzung der Anlagestrategie

Die Anlagestrategie 2002 bestimmt, dass sie innert drei Jahren schrittweise umgesetzt werden soll.

Im Berichtsjahr veranlasste die Anlagekommission einen ersten Teil der Umsetzung in Form von fünf Restrukturierungsschritten.

Aufteilung des Vermögens per Ende Dezember 2002



Bereits im ersten Halbjahr 2002 wurde die Erhöhung des Hedge-Fund-Anteils von 2.5% auf 5% des Gesamtvermögens vollzogen. Die Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) verteilt ihre Hedge-Fund-Anlagen auf verschiedene Hedge-Fund-Strategien, die so ausgewählt sind, dass ein geringeres Schwankungsrisiko des Gesamtvermögens resultiert. Ende 2002 war die PKZH an sieben Funds-of-Funds (Fonds, die in Hedge Funds investieren) beteiligt, die zusammen in insgesamt rund 100 Hedge Funds investiert sind.

Das Anlagekonzept 2002 erhöhte auch den strategischen Zielanteil der nicht börsengehandelten Aktien («Private Equities») von 2.5% auf 5%. Die Umsetzung erfordert mehrere Jahre, da Private Equities nicht nur nach Regionen, Unternehmensstadien und Branchen, sondern auch nach dem Zeitpunkt der Investitionen zu diversifizieren sind. Die PKZH beteiligt sich einerseits am Private-

Equity-Sondervermögen einer Anlagestiftung und andererseits an spezialisierten Private-Equity-Fonds.

Überprüfung der Anlagestrategie anfangs 2003

Die Anlagekommission hat in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres die Anlagestrategie eingehend überprüft. Sie hat festgestellt, dass heute eine geringere Teuerungsrate und etwas tiefere Anlagerenditen zu erwarten sind als zum Zeitpunkt, an welchem die Anlagestrategie ausgearbeitet wurde. Auf ihren Antrag hin hat der Stiftungsrat am 20. März 2003 beschlossen, an der Anlagestrategie 2002 dennoch grundsätzlich festzuhalten. Sollte jedoch der Deckungsgrad unter 115% oder sogar unter 110% sinken, würde die Umsetzung der Strategie vorübergehend gestoppt bzw. der Sachwertanteil reduziert.

Mandate und Beteiligungen Ende 2002

Aktive Manager können Liquidität halten und mit ihren Mandaten zu weniger als 100% in ihrer Anlagekategorie investiert sein. Die Aufteilung auf die Anlagekategorien weicht deshalb von den effektiven Anlagen gemäss der Tabelle auf Seite 35 ab.

	aktiv verwaltet		passiv verwaltet		Total	
	Anzahl	Mio. CHF	Anzahl	Mio. CHF	Anzahl	Mio. CHF
CHF-Nominalwertanlagen	1	161.3	2	2'037.5	3	2'198.8
Obligationen und Geldmarkt CHF	1	161.3	2	2'037.5	3	2'198.8
FW-Nominalwertanlagen	–	–	2	1'341.6	2	1'341.6
Obligationen und Geldmarkt FW	–	–	2	1'341.6	2	1'341.6
Aktien Schweiz	4	301.6	2	798.2	6	1'099.8
Grosse Gesellschaften	3	295.1	1	638.9	4	934.0
Kleine und mittlere Gesellschaften	–	–	1	159.2	1	159.2
Ethische Anlagen	1	6.5	–	–	1	6.5
Aktien Ausland	6	673.6	4	1'585.6	10	2'259.2
Europa	–	–	1	506.4	1	506.4
Nordamerika	2	254.5	1	962.7	3	1'217.2
Japan	1	138.6	1	68.7	2	207.3
Pazifischer Raum	1	77.3	–	–	1	77.3
Emerging Markets	2	203.2	–	–	2	203.2
Ethische Anlagen	–	–	1	47.8	1	47.8
Total Aktien und Nominalwerte	11	1'136.5	10	5'762.9	21	6'899.4
Immobilien ¹⁾	14	535.6	–	–	14	535.6
Immobilien Inland	9	294.6	–	–	9	294.6
Immobilien Ausland	5	241.0	–	–	5	241.0
Nicht-traditionelle Anlagen	32	654.3	1	244.1	33	898.4
Private Equities ²⁾	25	167.0	–	–	25	167.0
Commodities	–	–	1	244.1	1	244.1
Hedge Funds	7	487.3	–	–	7	487.3
Total Immobilien und nicht-traditionelle Anlagen	46	1'189.9	1	244.1	47	1'434.0
Total Mandate und Beteiligungen	57	2'326.4	11	6'007.0	68	8'333.4
Sonstige Anlagen (u.a. Währungsabsicherung, Anlagen bei der Stadt Zürich, Hypotheken)						1'713.6
Total Anlagevermögen³⁾						10'047.0

¹⁾ Vier Mandate zur Bewirtschaftung von börsengehandelten Immobilienfonds und -gesellschaften und 10 Beteiligungen an Immobilienstiftungen und -gesellschaften.

²⁾ Eine Beteiligung am Private-Equity-Teilvermögen der ABB Vorsorgestiftung und 24 Beteiligungen an Private-Equity-Fonds.

³⁾ Das Gesamtvermögen gemäss Rechnung auf Seite 28 umfasst zusätzlich Debitoren, Rückerstattungsforderungen und aktive Rechnungsabgrenzungen.

Weitgehende Absicherung des Fremdwährungsrisikos

Ein zentraler Eckpfeiler der Anlagestrategie 2002 ist die weitgehende Absicherung des Fremdwährungsrisikos, das mit Investitionen in US-Dollar, Englischen Pfund und Japanischen Yen verbunden ist.

Die Anlagekommission beauftragte anfangs Jahr vorübergehend die Depotbank der PKZH (Zentralstelle) mit der Durchführung der Absicherung. Damit konnte bei jeder neuen Investition von ausländischen Anlagen (Aktien Ausland, Obligationen in Fremdwährungen und Hedge Funds) sofort die entsprechende Währungsabsicherung aufgebaut werden.

Im Rahmen eines Workshops liess sich die Anlagekommission am 5. Juli über Methodik, offene und verdeckte Kosten, Risiken und Umsetzungsalternativen der Währungsabsicherung informieren. Sie beschloss in der Folge, die Währungsabsicherung zwei spezialisierten Firmen zu übertragen. Das eine Mandat sieht eine rein passive Absicherung vor, das andere ermächtigt den Manager, in beschränktem Ausmass prognosegestützte Entscheidungen zu treffen, um eine Zusatzrendite zu erwirtschaften.

Beteiligung an der Immobilienstiftung Turidomus

Am 23. Dezember 2002 haben Vertreter der PKZH sowie der Pensionskassen der ehemaligen Swissair und der Vorsorgeeinrichtungen des Nestlé-Konzerns die Gründungsurkunde für die neue Immobilien-Anlagestiftung Turidomus unterzeichnet. Die Anlagestiftung steht grossen Vorsorgeeinrichtungen offen, die sich substantiell beteiligen und grundsätzlich bereit sind, in den Stiftungsorganen mitzuwirken. Ziel der Anlagestiftung ist eine stetige Immobilienrendite, die auf einer soliden, nachhaltigen Ertragskraft sowie auf der Erhaltung und Mehrung der Substanz beruht.

Das Anfangs-Portfolio der Anlagestiftung besteht aus den von den Pensionskassen der ehemaligen Swissair und den Vorsorgeeinrichtungen der Nestlé eingebrachten Immobilien mit einem Anlagevolumen von rund CHF 1.9 Mrd. Grundlage für die Ermittlung des Portfoliowertes war eine neutrale Bewertung durch die Firma Wüest & Partner AG.

Die PKZH ist im Stiftungsrat durch den Präsidenten der Anlagekommission sowie durch den Leiter des Geschäftsbereichs «Anlagen» vertreten.



Die Verwaltung der Anlagestiftung wurde der Pensimo Management AG übertragen. Diese Firma war bisher eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Immobilien-Anlagestiftung Pensimo. Die Anlagestiftung Turidomus beteiligt sich an ihr mit 30% des Aktienkapitals. Damit kann sie sicherstellen, dass ihre Ziele und diejenigen der Managementgesellschaft kongruent bleiben, die Geschäftsführungskosten tief gehalten werden und allfällige Gewinne der Managementgesellschaft an die beteiligten Vorsorgeeinrichtungen zurückfliessen. Die Bewirtschaftung der Liegenschaften erfolgt durch regionale Gesellschaften, an denen die Pensimo Management AG massgeblich beteiligt ist.

Die PKZH wird sich an der neuen Stiftung mit rund CHF 400 Mio. beteiligen. Sie kann damit die in der Anlagestrategie 2002 vorgesehene Erhöhung des Immobilienanteils von 5% auf 10% in optimaler Weise und weitgehend abschliessen.

Laufende Überwachung von Vermögen und Anlagetätigkeit

Die Anlagekommission befasst sich nach jedem Quartal mit dem Stand des Vermögens und der Qualität der Portfoliomanager. Dazu stehen ihr umfassende Unterlagen der Zentralen Depotstelle und ein von der ständigen Beratungsfirma erstellter Controllingbericht zur Verfügung. Auch die Kosten werden regelmässig überprüft. Im Berichtsjahr wurden namentlich die Gebührenansätze der Fachberatungsfirmen neu verhandelt und reduziert. Im September 2002 beurteilte die Anlagekommission eingehend die Frage, ob trotz der Verluste auf den Aktienmärkten die Anlagestrategie beibehalten werden könne. Sie kam zum Ergebnis, an der Strategie sei

grundsätzlich festzuhalten, beschloss aber auf Anfang 2003 eine weitere umfassende Überprüfung der Strategie (siehe Seite 15).

Soziales und ökologisches Umfeld der Anlagen

Am 1. Januar 2002 trat eine Revision der BVV2 (eidg. Verordnung zur beruflichen Vorsorge) in Kraft, welche die Pensionskassen verpflichtet, die Ausübung ihrer Aktionärsrechte zu regeln. Das Anlagekonzept 2002 der PKZH ermächtigt in diesem Sinne die Anlagekommission zur Wahrnehmung der PKZH-Stimmrechte, wenn Traktanden einer Aktionärsversammlung unmittelbare finanzielle Auswirkungen für die PKZH haben oder auf ein breites öffentliches Interesse stossen.

Die Anlagekommission prüfte im Berichtsjahr die Frage, wie die Aktionärsinteressen der PKZH verstärkt wahrgenommen werden können. Dabei kam sie zum Schluss, dass in diesem Rahmen nicht nur unmittelbare finanzielle Aspekte berücksichtigt werden sollen. Vielmehr will die PKZH auch auf eine nachhaltige Unternehmenspolitik hinwirken, die sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Gesichtspunkte miteinbezieht. Anträge zur Ergänzung des Anlagekonzeptes können dem Stiftungsrat Ende 2003 oder Anfang 2004 vorgelegt werden.

Im Anlagekonzept wurde ins Auge gefasst, zusammen mit anderen Pensionskassen eine Liste von Schwellenländern zu erstellen, in die wegen krasser Verstösse gegen soziale oder ökologische Grundsätze nicht investiert werden soll. Dies erwies sich als nicht sinnvoll, da Investitionen der PKZH in Unternehmen solcher Länder ohnehin praktisch nicht vorkommen.



Vielfältige Leistungen des Service Public:

[Integrationskurse für Ausländerinnen und Spitex-Dienste für ältere Mitmenschen \(Seite 23\)](#)

Performance

Performance der Märkte

Nachdem schon das Jahr 2001 durch Kursstürze der Aktienbörsen geprägt war, fielen die Aktienkurse im Jahr 2002 noch stärker.

Deutlich positiv schlossen die Obligationenmärkte, da sinkende Zinssätze zu Höherbewertungen der im Portefeuille befindlichen Obligationen führten.

Performance¹⁾ der wichtigsten Wertschriftenmärkte

Anlagekategorien	Börsen- bzw. Referenzindex	Performance ¹⁾ 2002 in %	Performance ¹⁾ 2001 in %
Nominalwertanlagen			
Geldmarkt CHF (3 Monate Inland)	Salomon Smith Barney	1.3	3.1
Obligationen CHF	Pictet	9.5	3.9
Obligationen Fremdwährungen (FW)	Lehman / J. P. Morgan	-3.0	1.6
Sachwertanlagen			
Aktien Schweiz	SPI	-26.0	-22.0
Aktien Ausland (Welt)	FTSE	-32.4	-14.0
Immobilienfonds Schweiz	Lipper	7.8	6.0
Commodities	GSCI	10.0	-30.3
Diverse Indizes			
BVG-Index 1993	Pictet	-1.7	-2.3
BVG-Index mit Aktienanteil 40%	Pictet	-8.4	-4.6
Inflation	KPI	0.9	0.3

¹⁾ Die «Performance» ist die Gesamtertragsrendite. Sie setzt sich zusammen aus Direkterträgen (Dividenden und Zinsen) sowie aus Wertveränderungen (einschliesslich Umrechnung von Fremdwährungsanlagen in Schweizer Franken).

Performance des PKZH-Vermögens

Die PKZH konnte sich der negativen Entwicklung der Aktienmärkte nicht entziehen. Die Jahresperformance des Gesamtvermögens schloss bei –6.6% (Vorjahr –5.4%).

Sie lag damit um 0.9% über der theoretischen Vorgabepformance (sogenannte Benchmark-Performance) von –7.5%. Der Pictet-BVG-40-Index (Aktienanteil 40%) erzielte mit –8.4% ein noch tieferes Ergebnis.

Performance der einzelnen Anlagekategorien (inkl. Währungsabsicherung)

	Gewicht Ende 2002 in %	Performance Pensionskasse ¹⁾ in %		Performance Benchmark ²⁾ in %		Mehrperformance (PK – BM) in %	
		2002	2001	2002	2001	2002	2001
Gesamtvermögen	100.0	-6.6	-5.4	-7.5	-5.1	0.9	-0.3
Anlagekategorien							
Kontokorrent Stadt, Annuitäten, Hypotheken	15.7	3.7	4.0	3.7	4.0	–	–
Übrige CHF-Nominalwertanlagen	21.9	8.5	3.8	9.5	3.9	-1.1	-0.1
FW-Nominalwertanlagen	13.3	7.1	3.3	7.3	1.6	-0.2	1.7
Aktien Schweiz	10.9	-26.5	-21.8	-26.0	-22.0	-0.5	0.2
Aktien Ausland	22.5	-27.3	-11.5	-28.0	-14.2	0.8	2.7
Immobilien	5.3	3.8	2.3	7.8	5.6	-4.0	-3.3
Private Equities	1.7	-13.5	-8.7	8.5 ³⁾	10.0 ³⁾	-22.0	-18.7
Commodities	2.4	18.4	-30.4	19.7	-31.2	-1.3	0.8
Hedge Funds	4.9	3.9	7.8	7.0 ³⁾	10.0 ³⁾	-3.1	-2.2
Währungsabsicherung	1.4	–	–	–	–	–	–

¹⁾ Die Performancezahlen für das Vorjahr 2001 weichen von den im Geschäftsbericht 2001 angegebenen Zahlen teilweise ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Berechnungsmethode für die Performance ab 2002 verfeinert sowie neue Benchmarks eingeführt wurden. Zur besseren Vergleichbarkeit von Berichtsjahr mit Vorjahr wurden im vorliegenden Geschäftsbericht die Vorjahreswerte nach den neuen Methoden berechnet.

²⁾ Die Benchmark-Performance ist die Performance, die erzielt würde, wenn das Vermögen genau entsprechend der geltenden Anlagestrategie in Börsenindizes angelegt würde. Im Berichtsjahr ist diese Performance wenig aussagekräftig, da der Übergang von der Anlagestrategie 1998 zur Anlagestrategie 2002 erst teilweise vollzogen wurde.

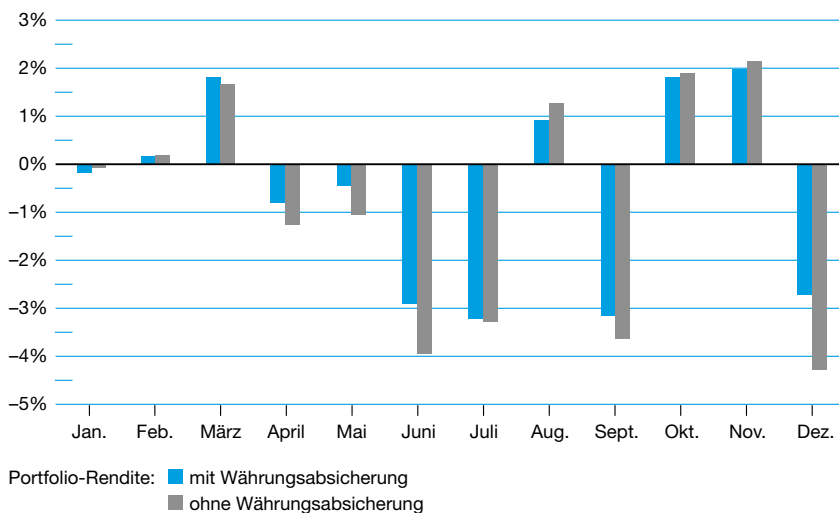
³⁾ Für Private Equities und Hedge Funds richtet sich die Benchmark-Performance nicht nach einem Börsenindex, sondern nach der langfristig erwarteten Rendite. In der Anlagestrategie 2002 wurden diese Erwartungswerte für Private Equities von 10% auf 8.5% und für Hedge Funds von 10% auf 7% herabgesetzt.

Fremdwährungsabsicherung

Die PKZH sichert bei den Anlagekategorien Obligationen FW, Aktien Ausland, Immobilien, Commodities und Hedge Funds das Fremdwährungsrisiko ganz oder teilweise ab (siehe Fussnoten zur Tabelle, Seite 14). Ohne Absicherung wären die Performance- und Benchmarkzahlen der betreffenden Anlagekategorien deutlich schlechter ausgefallen, vor allem weil der US-Dollar im Berichtsjahr im Vergleich zum Schweizer Franken erheblich an Wert verlor. Gesamthaft hätte sich die negative Performance des PKZH-Vermögens ohne Währungsabsicherung um weitere rund 4% vergrößert. Die Währungsabsicherung wirkte sich im Berichtsjahr somit auf die Rendite stark positiv aus. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass mit ihr langfristig nicht eine zusätzliche Rendite, sondern lediglich eine Senkung des Anlagerisikos angestrebt wird.

Der stabilisierende Effekt wird für das Berichtsjahr durch die nachstehende Grafik veranschaulicht:

Portfolio-Rendite 2002 (mit und ohne Währungsabsicherung)



Die monatlichen Renditen des abgesicherten Portfolios schwankten in einem engeren Bereich als die Renditen des nicht abgesicherten Portfolios.

Besonders deutlich war der Effekt der Währungsabsicherung bei den FW-Nominalwertanlagen: Die Tabelle «Performance der wichtigsten Wertschriftenmärkte» (Seite 19) weist eine Indexperformance von -3.0% aus. Die Portfolio- und Benchmark-Performance der PKZH sind dank der Währungsabsicherung dagegen mit 7.1% bzw. 7.3% stark positiv.

Aktien und Nominalwerte

Sowohl auf den schweizerischen wie den ausländischen Aktien waren aussergewöhnlich hohe Verluste zu verzeichnen. Die Performance der Auslandaktien überschritt den Benchmark um 0.8%, da mit einer Ausnahme alle aktiv geführten Mandate den Benchmark übertrafen.

Die Anlagekategorie «Übrige CHF-Nominalwertanlagen» enthält neben Obligationen auch flüssige Mittel, die zur laufenden Sicherung der Liquidität der PKZH nötig sind. Daraus erklärt sich die Unterperformance von 1.1% gegenüber dem Benchmark, der den Obligationenindex wiedergibt.

Commodities

Die Commodities, welche im Vorjahr mit -30.4% die schlechteste Performance aller Anlagekategorien aufwiesen, waren im Berichtsjahr wie schon 1999 und 2000 die beste Anlagekategorie. Sie brachten somit wie die Hedge Funds den erhofften Diversifikationseffekt.

Immobilien

Mit der Gesamtheit der in- und ausländischen Immobilienanlagen wurde die Benchmark-Performance um 4% verfehlt. Benchmark ist der Index für schweizerische börsengehandelte Immobilienfonds. Die Performance dieses Index lag im Berichtsjahr bei 7.8%. Ein schweizerisches Immobilienfonds-Mandat der PKZH erreichte sogar eine Performance von 10.4%. Ertragsmindernd wirkten sich die Investitionen in börsengehandelte ausländische Instrumente aus: Die Performance der europäischen Immobilienaktien und -fonds lag bei 4.5%, diejenige der amerikanischen Immobilienfonds bei 2.6%. Beide Subkategorien konnten aber ihre jeweilige Benchmark schlagen.

Private Equities

Die weltweit schlechte Wirtschaftslage führte auch bei den nicht börsengethandelten Beteiligungen (Private Equities) der PKZH zu einem negativen Ergebnis. Benchmark für diese Anlagekategorie ist nicht ein Index (da ein solcher nicht verfügbar ist), sondern eine feste Zielrendite von 8.5% pro Jahr. Entsprechend dem langfristigen Anlagehorizont bei diesen Anlagen kann der Erfolg aber erst in einigen Jahren zuverlässig beurteilt werden.

Aktive Wertschriftenmandate

Ende 2002 wurden 15 Wertschriftenmandate aktiv verwaltet (10 für Aktien, eines für CHF-Obligationen und vier für Immobilienaktien- bzw. Immobilienfonds). 10 aktive Mandate übertrafen im Berichtsjahr die Index-Performance und fünf unterschritten sie. Insgesamt erzielten diese Mandate eine Überperformance von 0.08%.

Jährliche Durchschnittsrendite seit 1993

Seit 1993 liegt die jährliche Rendite auf dem Gesamtvermögen bei 6.9%. Diese Zahl gibt die «annualisierte» Rendite an, d.h. den Prozentsatz, um den sich das Vermögen seit 1993 durchschnittlich von Jahr zu Jahr vergrössert hat (wobei die versicherungstechnischen Vermögensveränderungen nicht berücksichtigt sind). Diese Rendite ist somit trotz den schlechten Anlagejahren 2001 und 2002 noch immer um 0.8% höher als die langjährig erwartete Durchschnittsrendite von 6.1%.





Unterschiedlichste Konsumparadiese:

Exklusives Modegeschäft an der Bahnhofstrasse und Markt auf dem Bürkliplatz

Jahresergebnis und Deckungsgrad

Das ausgewiesene aktuarische Jahresergebnis beläuft sich auf CHF –1'263.5 Mio. (Vorjahr CHF –894.3 Mio.). Der Jahresverlust ist hauptsächlich auf die tiefe Performance (–6.6%; Vorjahr –5.4%) zurückzuführen, welche wie im Vorjahr weit unter dem technisch benötigten Wert von 4.5% liegt.

Die Deckung des Jahresverlustes sowie die Bildung und Verwendung von Reserven wird in der Jahresrechnung dargestellt und im Anhang der Jahresrechnung (Abschnitt 2.2) kommentiert.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse, d.h. das Verhältnis des tatsächlich vorhandenen Vermögens ohne Fremdkapital (CHF 10.027 Mrd.) zum Deckungskapital (CHF 8.398 Mrd.), stellt sich auf 119.4% (Vorjahr 138.3%).

Die Überdeckung von 19.4% setzt sich zusammen aus der Bewertungsreserve (8.5%) und den Vorsorge-reserven für aktiv Versicherte und Pensionsberechtigte (10.9%).

Jahr	Jahresergebnis Mio. CHF	Deckungsgrad in %
1990	116.1	107.6
1991	179.1	110.5
1992	217.6	113.7
1993	924.3	123.7
1994	–410.1	116.9
1995	360.1	121.4
1996	796.8	131.3
1997	1'160.4	146.7
1998	410.0	150.4
1999	320.4	149.8
2000	–30.1	148.7
2001	–894.3	138.3
2002	–1'263.5	119.4

Jahresrechnung

Betriebsrechnung

Aufwand

	2002 CHF	2001 CHF
<u>Pensionen</u>		
Alterspensionen	302'595'984	298'245'074
Invalidenpensionen	38'775'408	34'070'505
Invalidenzuschüsse	5'154'227	4'683'485
Ehegattenpensionen	67'949'494	66'609'981
Waisenpensionen	1'022'147	1'019'412
Pensionen an sonstige Angehörige	188'696	128'724
Pensionen aus unverschuldeten Entlassungen	2'793'836	2'743'368
Überbrückungszuschüsse bei fehlender AHV-Rente	20'153'368	22'261'669
	438'633'160	429'762'218
<u>Kapitalabfindungen im Versicherungsfall</u>	111'919	138'149
<u>Freizügigkeitsleistungen</u>		
Barauszahlungen an Versicherte	12'297'843	16'040'955
Überweisung an Vorsorgeeinrichtungen	147'631'057	237'653'034
Überweisung an Auffangeinrichtung	4'082'119	4'024'878
Vorbezug für Wohneigentumsförderung	14'855'862	14'295'834
	178'866'881	272'014'701
<u>Erhöhung des Vorsorgekapitals</u>		
Deckungskapital für aktiv Versicherte	453'057'241	-
Deckungskapital für Pensionsberechtigte	18'624'227	-
	471'681'468	-
<u>Kapitalaufwand</u>		
Wertverminderung auf Kapitalanlagen	988'198'654	950'433'720
<u>Verwaltungs- und übriger Aufwand</u>		
Vermögensverwaltungsaufwand	16'856'276	15'154'308
Versichertenverwaltungsaufwand	6'645'255	9'462'728
Ärztliche Untersuchungen (Invalidität)	70'403	55'452
Beitrag an Sicherheitsfonds	2'500'488	2'409'756
Abschreibungen auf Forderungen	2'620'800	3'085'127
	28'693'222	30'167'371
	2'106'185'304	1'682'516'159

Ertrag

	2002 CHF	2001 CHF
Beiträge der Stadt Zürich		
Sparbeiträge	105'883'179	49'576'621
Risikobeiträge	21'348'900	31'783'537
Einkäufe	2'533'818	2'831'079
Teilfinanzierung Überbrückungszuschüsse	3'351'060	11'934'400
Einmalbeiträge unverschuldete Entlassungen	4'681'360	3'986'839
	137'798'317	100'112'476
Beiträge der städtischen Versicherten		
Sparbeiträge	76'345'871	34'722'180
Risikobeiträge	120'023	40'293
Einkäufe	12'236'523	15'822'395
Freizügigkeitseinlagen	114'492'508	122'632'846
Rückzahlung Vorbezüge Wohneigentumsförderung	616'841	1'036'686
Einkauf Leistungsverbesserungen	679'541	1'017'128
	204'491'307	175'271'528
Beiträge der angeschlossenen Unternehmen		
Sparbeiträge	24'940'738	11'570'648
Risikobeiträge	2'794'503	1'039'193
Einkäufe	2'378'385	4'026'462
Freizügigkeitseinlagen	39'502'411	33'738'407
Einkauf Rentenerhöhungen	95'348	10'526'254
Teilfinanzierung Überbrückungszuschüsse	426'514	1'392'945
Verwaltungskostenbeiträge	357'158	334'170
	70'495'057	62'628'079
Kapitalerträge		
Direkterträge	282'109'658	322'385'417
	282'109'658	322'385'417
Reduktion des Vorsorgekapitals		
Deckungskapital für aktiv Versicherte	–	97'744'210
Deckungskapital für Pensionsberechtigte	–	22'859'854
Vorsorgereserve für aktiv Versicherte	116'536'767	–
Vorsorgereserve für Pensionsberechtigte	24'487'216	–
	141'023'983	120'604'064
Übriger Ertrag		
Einnahmen Kürzungen Versicherungsleistungen	3'195'842	3'645'158
Rückerstattung von bevorschussten Leistungen	2'173'735	2'051'980
Rückerstattung von abgeschriebenene Forderungen	4'200	20'440
Rückerstattung von Kassenleistungen	1'300'068	1'475'180
Besondere Verwaltungskostenbeiträge	43'879	51'530
	6'717'724	7'244'288
	842'636'046	788'245'852
Jahresergebnis	1'263'549'258	894'270'307
	2'106'185'304	1'682'516'159

Veränderungen

	2002	2001
	CHF	CHF
Bewertungsreserve	-1'263'549'258	-39'390'390
Vorsorgereserve für aktiv Versicherte	-	461'834
Vorsorgereserve für Pensionsberechtigte	-	-146'918'144
Freie Reserve	-	-708'423'607
Aktuarisches Jahresergebnis	-1'263'549'258	-894'270'307

Bilanz am 31. Dezember

	2002	2001
	CHF	CHF
Aktiven		
Debitoren	2'774'619	1'788'358
Debitoren Verrechnungssteuer	10'988'727	14'179'025
Rückerstattungsforderungen an Dritte	927'434	1'167'449
Aktive Rechnungsabgrenzungen	-	177'305
Wertschriften	8'469'790'649	9'153'880'947
Kontokorrent-Guthaben bei der Stadt Zürich	39'067'819	176'670'471
Annuitäten-Guthaben bei der Stadt Zürich	827'058'975	860'617'290
Hypothekendarlehen	709'604'799	790'774'474
	10'060'213'022	10'999'255'319
Passiven		
Fremdkapital		
Kurzfristige Verbindlichkeiten	10'500'000	-
Freizügigkeitseinlagen (Durchlaufkonto)	1'379'070	2'805'731
Passive Rechnungsabgrenzungen	20'642'086	35'865'948
	32'521'156	38'671'679
Vorsorgekapital		
Deckungskapital für aktiv Versicherte	3'711'611'394	3'258'554'153
Deckungskapital für Pensionsberechtigte	4'686'809'781	4'668'185'554
Vorsorgereserve für aktiv Versicherte	387'369'821	503'906'589
Vorsorgereserve für Pensionsberechtigte	532'251'451	556'738'667
	9'318'042'447	8'987'384'963
Rückstellungen und Bewertungsreserve		
Freie Reserve	-	-
Bewertungsreserve	709'649'419	1'973'198'677
	709'649'419	1'973'198'677
	10'060'213'022	10'999'255'319

1 Allgemeine Angaben zur Pensionskasse Stadt Zürich

1.1 Rechtsgrundlagen und Rechtsform

Die PKZH basierte bis Ende 2002 auf Art. 118 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich sowie den vom Gemeinderat (Stadtparlament) erlassenen Statuten vom 22. Dezember 1993 (mit seitherigen Änderungen) und der vom Stadtrat erlassenen Vollziehungsverordnung für die Versicherungskasse vom 16. November 1994 (mit seitherigen Änderungen).

Die PKZH war bis Ende 2002 rechtlich eine unselbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich mit dem Zweck, die Arbeitnehmenden der Stadt und der angeschlossenen Unternehmen sowie die vollamtlichen Behördenmitglieder gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Alter, Invalidität und Tod zu versichern. Sie beteiligt sich am Vollzug von Bestimmungen der Arbeitgeber über den Schutz der Arbeitnehmenden bei unverschuldeter Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Als registrierte Vorsorgeeinrichtung gemäss Bundesrecht (Register-Nr. ZH.0007), charakterisiert sie sich als umhüllende Beitragsprimatkasse nach dem System des BVG. Arbeitgeber und Versicherte entrichten Sparbeiträge, die vollumfänglich in die Altersguthaben der Versicherten einfließen; die Risikobeiträge der städtischen Vollversicherten gehen zu Lasten des Arbeitgebers. Dieser ist an der Finanzierung gesamthaft überparitätisch beteiligt. Die Statuten sehen keine Abweichung von den Bestimmungen des BVG über die volle Finanzierung der Verpflichtungen und die Bilanzierung in geschlossener Kasse vor.

1.2 Kassengremien

Die Besetzung der Kassengremien und des technischen Experten gemäss BVG sind im Geschäftsbericht aufgeführt.

1.3 Grundsätze der Rechnungslegung

Die PKZH ist technisch autonom und führt eine eigene Rechnung. Ihre Rechnungslegung besteht aus einer stadtinternen Jahresrechnung (für das Jahr 2002 zum letzten Mal erstellt) und der vorliegenden, den bundesrechtlichen Anforderungen entsprechenden Jahresrechnung mit Anhang.

1.4 Bestandesentwicklung

Die Bestandesentwicklung der aktiv Versicherten und Pensionsberechtigten sowie die Anzahl der angeschlossenen Unternehmen kann dem Jahresbericht (Seiten 8 bis 13) entnommen werden.

1.5 Sonstige Angaben

Im Rahmen einer generellen Regelung des kantonalen Amtes für Gemeinden und berufliche Vorsorge (Aufsichtsbehörde) gelten sämtliche Auflösungen von Anschlussverträgen mit angeschlossenen Unternehmen sowie Austritte von geschlossenen Personalgruppen der Stadt Zürich als Teilliquidationen. Zweifelsfälle sind der Aufsichtsbehörde zum Entscheid vorzulegen.

Der Austritt der Hürzeler & Co. AG (angeschlossenes Unternehmen) auf Ende des Berichtsjahres wird als Teilliquidation abgewickelt.

Die freien Mittel im Sinne des Freizügigkeits-Gesetzes (FZG) entsprechen der Vorsorgereserve der aktiv Versicherten und belaufen sich somit gemäss Abschnitt 2.2 dieses Anhangs auf 10.4% des entsprechenden Deckungskapitals.

2 Angaben zur Bilanz

2.1 Allgemeines

Die Guthaben bei der Stadt Zürich und die Hypotheken sind zum Nominalwert, die übrigen Anlagen zum Marktwert ermittelt.

Anlagen in Fremdwährungen sind zu Tageskursen am Bilanzstichtag umgerechnet.

2.2 Angaben zu einzelnen Bilanzpositionen

2.2.1 Jahresergebnis

Der Jahresverlust beläuft sich auf CHF 1'263.5 Mio. Um ihn zu decken, ist die Bewertungsreserve entsprechend zu reduzieren.

2.2.2 Bewertungsreserve

Die Bewertungsreserve sinkt von CHF 1'973.2 Mio. bzw. 24.9% des Deckungskapitals auf CHF 709.6 Mio. bzw. 8.5% des Deckungskapitals.

Die Bewertungsreserve dient dem Ausgleich von Schwankungen der Wertschriftenkurse. Sie ist durch die BVV2 zwingend vorgeschrieben, soweit der Kurswert der Obligationen deren Nominalwert übersteigt (Ende Berichtsjahr CHF 225.7 Mio.). Sie umfasst zudem Rückstellungen für Wertberichtigungen auf Hypothekendarlehen in Höhe von CHF 7.7 Mio. (Vorjahr CHF 11.7 Mio.) sowie für latente Steuerschulden auf ausländischen Immobilienfonds in Höhe von rund CHF 0.6 Mio. Gemäss Anlagekonzept soll sich die Bewertungsreserve – unter Berücksichtigung der Höhe der Vorsorgereserven – auf 20% bis 25% des Deckungskapitals stellen.

Die Bewertungsreserve liegt somit weit unter dem Sollwert. Zusammen mit den Vorsorgereserven bestehen indes Gesamtreserven von 19.4% des Deckungskapitals. Unter diesem Gesichtspunkt verfügt die PKZH über genügend Risikofähigkeit, um an der Anlagestrategie gemäss Anlagekonzept festzuhalten. Allerdings setzt dies voraus, dass bei der Verteilung der Vorsorgereserven äusserste Zurückhaltung geübt werden muss. Oberste Priorität hat die Gewährleistung der langfristigen Sicherheit.

2.2.3 Vorsorgereserven

Die Vorsorgereserven (bisher technische Reserven genannt) dienen der Erhaltung und Verbesserung des Leistungsziels der aktiv Versicherten und Pensionsberechtigten. Die Zuweisung von Jahresgewinnen an die Vorsorgereserven der beiden genannten Mitgliederkategorien soll anteilmässig nach der Höhe des jeweiligen Deckungskapitals erfolgen.

Die in der Vorsorgereserve enthaltene Langlebigkeitsreserve wird im nachfolgend erläuterten Sinne für jedes seit Anfang 2000 verstrichene Jahr um 0.5% erhöht.

Vorsorgereserve für aktiv Versicherte

	2002	
	Mio. CHF	in %
Langlebigkeitsreserve	55.7	1.5
Erhaltung und Verbesserung des Leistungsziels	331.7	8.9
Total	387.4	10.4

Der Vorsorgereserve für aktiv Versicherte sind CHF 102.3 Mio. zu entnehmen, um die Einführung des Vorsorgeplans 2002 zu finanzieren, und weitere CHF 37.3 Mio., um die nicht durch die Risikobeiträge gedeckten Kosten für Todes- und Invaliditätsfälle abzudecken. Schliesslich ist sie zur Finanzierung der Langlebigkeit von 1% des bisherigen Deckungskapitals (CHF 32.6 Mio.) auf 1.5% des neuen Deckungskapitals (CHF 55.7 Mio.) bzw. um CHF 23.1 Mio. zu erhöhen. Insgesamt reduziert sich damit die Vorsorgereserve um CHF 116.5 Mio. und stellt sich neu auf CHF 387.4 Mio. bzw. 10.4% des betreffenden Deckungskapitals.

Davon sind rund CHF 9.3 Mio. bzw. 0.25% als bereits ausgegeben zu betrachten, um zu Lasten der Rechnung 2003 die Höhverzinsung der Altersguthaben (3.5% statt 3.25%) zu finanzieren.

Vorsorgereserve für Pensionsberechtigte

	2002	
	Mio. CHF	in %
Langlebigkeitsreserve	70.3	1.5
Erhaltung und Verbesserung des Leistungsziels	462.0	9.9
Total	532.3	11.4

Der Vorsorgereserve für Pensionsberechtigte wurden CHF 47.9 Mio. entnommen, um die Rentenerhöhung von 1% auf den 1. Januar 2002 zu finanzieren. Im Weiteren ist sie zur Berücksichtigung der Langlebigkeit von 1% des bisherigen Deckungskapitals (CHF 46.7 Mio.) auf 1.5% des neuen Deckungskapitals (CHF 70.3 Mio.) bzw. um CHF 23.6 Mio. zu erhöhen. Insgesamt reduziert sich die Reserve um CHF 24.4 Mio. und stellt sich neu auf CHF 532.3 Mio. bzw. 11.4% des betreffenden Deckungskapitals.

Da auf Januar 2003 keine Rentenerhöhung beschlossen worden ist, entsteht im Jahr 2003 keine entsprechende Reduktion der Vorsorgereserve.

Beide Vorsorgereserven stellen sich zusammen auf CHF 919.7 Mio. bzw. 10.9% des gesamten Deckungskapitals.

2.3 Deckungskapital

Das Deckungskapital wird jährlich durch den Kassenmathematiker ermittelt und alle drei Jahre durch den anerkannten Experten für berufliche Vorsorge nachkontrolliert. Die letzte Überprüfung fand auf den 31. Dezember 2000 statt (Gutachten vom 4. Dezember 2001).

Das Deckungskapital wird nach den technischen Grundlagen VZ 2000 zu einem technischen Zinsfuss von 4% berechnet und belief sich am Ende des Berichtsjahres auf CHF 8.4 Mrd. (Vorjahr CHF 7.9 Mrd.).

Die bisher separat geführten Zusatzguthaben einzelner Versicherter wurden im Verlauf des Berichtsjahres in die Altersguthaben eingebaut oder auf Freizügigkeitseinrichtungen übertragen. Zukünftig werden keine Zusatzguthaben mehr gebildet.

3 Angaben zur Betriebsrechnung

Vollständigkeit des Versichertenkreises und Korrektheit der gemeldeten Löhne sind durch verschiedene Kontrollmassnahmen sichergestellt. Von den angeschlossenen Unternehmen werden periodisch die AHV-Lohnmeldungen eingefordert und mit den der PKZH vorliegenden Daten verglichen.

Beim städtischen Personal werden die zu versichernden Personen und die Beitragsabrechnungen auf elektronischem Weg an die Pensionskasse gemeldet. Für die korrekte Datenübermittlung ist gemäss Vollziehungsverordnung das städtische Personalamt verantwortlich.

In Abweichung von der bisherigen Praxis wurden im Berichtsjahr die versicherungstechnisch verursachten Veränderungen der Vorsorgereserven identisch zu denjenigen der Deckungskapitalien erfasst und erst nach diesen Veränderungen das Jahresergebnis ermittelt. Zwar führen beide Verbuchungsmethoden wirtschaftlich zum gleichen Jahresergebnis, die neu angewandte Methode hat indes den Vorteil, dass sie die bei Vorsorgeeinrichtungen übliche ist und damit die Vorgänge transparenter und nachvollziehbarer darstellt.

Im Weiteren wird ab dem Berichtsjahr der Aufwand für die Anlagekommission nicht mehr wie bisher dem Versichertenverwaltungsaufwand, sondern neu dem Vermögensverwaltungsaufwand subsumiert.

4 Angaben zu den Vermögensanlagen

4.1 Allgemeines

4.1.1 Grundsätze und Organisation

Die Kassenkommission als oberstes Kassenorgan für die Vermögensanlagen hat die Grundzüge der Anlagestrategie und -organisation in einer Anlageverordnung vom 12. Dezember 1997 und im Anlagekonzept vom 8. Januar 2002 niedergelegt (vgl. Seite 14). Die Anlageverordnung wird mit der Umwandlung der PKZH in eine öffentlich-rechtliche Stiftung auf den 1. Januar 2003 aufgehoben und in Bezug auf Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei der Vermögensanlage durch das Organisationsreglement der Stiftung ersetzt. Das Anlagekonzept gilt demgegenüber weiterhin (Beschluss des Stiftungsrates vom 3. Dezember 2002).

Die Erfüllung der statutarischen Verpflichtungen erfordert im Durchschnitt eine Minimalrendite des Vermögens von 4.5%. Mittels darüber hinausgehender Renditen sollen Reserven mit den in Kapitel 2.2 angegebenen Zweckbestimmungen geäufnet werden.

Das Anlagekonzept legt die prozentuale Aufteilung des Vermögens auf Anlagekategorien fest («Strategische Allokation», vgl. Spalte «Zielallokation» der Tabelle in Kapitel 4.2.1 des Anhangs). Die strategische Allokation basiert auf der von der Kassenkommission vorgegebenen Risikotoleranz.

Für die Umsetzung der Anlageverordnung und des Anlagekonzeptes ist eine von der Kassenkommission gewählte Anlagekommission verantwortlich (vgl. Organigramm auf Seite 39 des Geschäftsberichtes 1996). Wertschriftenanlagen erfolgen ausschliesslich indirekt über Banken oder andere spezialisierte Institutionen (Grundsatz der externen Verwaltung). Die Depothaltung der Wertschriften ist einer Bank übertragen (Global Custodian), die als Zentralstelle weitere operative und beratende Aufgaben erfüllt.

4.1.2 Bericht zu Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten gemäss Art. 59 BVV2

Im Rahmen der nicht-traditionellen Anlagen nimmt die Pensionskasse Investitionen in Commodities, in nicht-börsenkotierte in- und ausländische Aktien sowie in Hedge Funds vor. Diese Anlagen stützen sich auf das von der Kassenkommission 2002 beschlossene Anlagekonzept ab. Es weist namentlich nach, dass die nicht-traditionellen Anlagekategorien das Anlagerisiko des Kassenvermögens in schwierigen Marktphasen vermindern und damit die Anlagesicherheit insgesamt verbessern.

Investitionen in Private Equities erfolgen über Institutionen, die Gewähr für ein breit diversifiziertes und professionell ausgewähltes Portfolio bieten. Die Anlagen in Commodities wurden über ein im Wesentlichen indexiertes Mandat zur Nachbildung von Börsenindizes getätigt. Die Hedge-Funds-Anlagen verteilen sich auf sieben Funds of Funds, die in insgesamt rund 100 Hedge Funds investieren und fünf verschiedene Strategien abdecken.

Anlagestrategisch sind die nicht-traditionellen Anlagekategorien dadurch begründet, dass ihre Renditen nur in beschränktem Mass parallel zu den Aktien- und Obligationenmärkten verlaufen, wodurch das Schwankungsrisiko des Gesamtvermögens gesenkt wird.

Der Fremdwährungsanteil Ende Jahr lag mit 23.4% (Vorjahr 27.6%) unter der Limite von 30%. Dies ist auf die Absicherungsstrategie gegenüber dem USD, JPY und GBP (Currency Overlay Hedge) zurückzuführen.

4.2 Stand der Anlagen

4.2.1 Zusammensetzung nach Anlagekategorien

	Werte ohne Optionen				Werte inkl. Optionen		Zielallokation in %	Max. Limite BVV2 in %
	Mio. CHF 31.12.2002	in %	Mio. CHF 31.12.2001	in %	in % ¹⁾ 2002 2001			
Nominalwertanlagen	5'140	51.2	5'886	53.6			37.5	–
Flüssige Mittel CHF*	282	2.8	729	6.6			–	–
Kontokorrent bei der Stadt Zürich	39	0.4	177	1.6			–	–
Annuitäten-Guthaben bei der Stadt Zürich	827	8.2	860	7.8			–	–
Hypotheken	710	7.1	791	7.2			–	75
CHF-Obligationen Inlandschuldner	1'031	10.3	1'496	13.6			–	–
CHF-Obligationen Auslandschuldner	897	8.9	1'147	10.4			–	30.0
CHF-Total inkl. Terminkonten, ohne Währungsabsicherung	3'786	37.7	5'200	47.4			25.0	100
Flüssige Mittel FW*	20	0.2	–424	–3.9			–	–
FW-Obligationen und gebundene Geldmarktinstrumente	1'334	13.3	1'109	10.1			12.5	20.0
FW-Total, inkl. Terminkonten, ohne Währungsabsicherung	1'354	13.5	685	6.2			–	–
Sachwertanlagen	4'769	47.4	5'095	46.4	47.4	46.4	62.5	70.0
Aktien Schweiz	1'089	10.8	1'701	15.7			8.0	30.0
Aktien Ausland	2'245	22.3	2'174	19.8	22.3	19.8	32.0	25.0
Immobilien (indirekt)	537	5.3	535	4.9			10.0	50.0
Private Equities	167	1.7	158	1.4			5.0	–
Commodities	244	2.4	221	2.0			2.5	–
Hedge Funds	487	4.9	306	2.8			5.0	–
Währungsabsicherung	138	1.4	1	0.0			–	–
Total	10'047	100	10'982	100			100	–
Davon Aktien	3'699	36.8	4'244	38.6	35.0	37.0	45.0	50.0
(inkl. Private Equities und Aktien von Immobiliengesellschaften)								
Davon Auslandschuldner	2'721	27.1	2'839	25.9			–	30.0
Davon Fremdwährungen	2'350	23.4	3'024	27.5			–	30.0

¹⁾ Adjustierung gemäss BVV2 (engagementserhöhende Optionen), siehe Kapitel 4.2.2 lit. b

* Aufgliederung «Flüssige Mittel» siehe Seite 36

Obige Tabelle gibt die effektive Verteilung der Anlagen an. Sie weicht von der Tabelle auf Seiten 16 und 20 des Geschäftsberichtes leicht ab, weil letztere die Vermögensaufteilung auf Mandate darstellt und aktive Manager zu weniger als 100% ihres Mandatsvolumens investiert sein können.

Aufgliederung der flüssigen Mittel

	31.12.2002		31.12.2001	
	Mio. CHF	in %	Mio. CHF	in %
Flüssige Mittel CHF	282	2.8	729	6.6
CHF-Kontokorrent-Guthaben, Geldmarktfonds, Treuhand- festgelder, Margenkonto	279	2.8	384	3.5
CHF-Futures Gegenbuchungen	–	–	–124	–1.1
Nicht-strategische Devisentermingeschäfte CHF	3	–	469	4.3
Flüssige Mittel FW	20	0.2	–424	–3.9
FW-Kontokorrent-Guthaben, Geldmarktfonds, Treuhand- festgelder, Margenkonto	257	2.6	258	2.4
FW-Futures Gegenbuchungen	–234	–2.3	–215	–2.0
Nicht-strategische Devisentermingeschäfte FW	–3	–	–467	–4.3

Die Zusammensetzung des Vermögens per Ende 2002 weicht von der Anlagestrategie 2002 (Zielallokation) deutlich ab. Private Equities, Immobilien und vor allem Aktien Ausland sind untergewichtet. Dies ist darin begründet, dass die Anlagestrategie 2002 für diese Anlagekategorien höhere Anteile vorsieht als die vorherige Anlagestrategie; gleichzeitig schreibt sie vor, dass der Übergang auf die neue Strategie nicht sofort, sondern schrittweise zu vollziehen ist. Für Private Equities und Immobilien ist dies notwendig, weil ein kurzfristiger Aufbau nicht oder nur mit sehr hohen Kosten möglich wäre. Zudem reduziert ein schrittweiser Übergang das Risiko, dass Anlagen zu einem ungünstigen Zeitpunkt gekauft oder verkauft werden.

Die Anlagestrategie 2002 beauftragt die Anlagekommission, die Umsetzung so zu planen, dass sie spätestens Ende 2004 abgeschlossen ist. Die Anlagekommission erstellte anfangs des Berichtsjahres einen Umsetzungsplan und vollzog während des Jahres die ersten Teilschritte. Erhöhungen des ausländischen Aktienanteils wurden durch die seitherige Kursentwicklung jedoch teilweise neutralisiert.

Die Anlagestrategie 2002 bestimmt, dass die Anlagestrategie zu überprüfen und allenfalls der Sachwertanteil herabzusetzen ist, wenn der Deckungsgrad unter 120% bzw. nachhaltig unter 115% sinkt. Die Anlagekommission diskutierte die Möglichkeit einer solchen Entwicklung bereits im September des Berichtsjahres und beschloss, angesichts der unsicheren Wirtschaftslage Kursverluste auf Aktien vorerst nicht durch Zukäufe auszugleichen. Gleichzeitig sah sie vor, die Strategie anfangs 2003 umfassend zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung bildete die Grundlage für den Entscheid des Stiftungsrates, an der Anlagestrategie 2002 grundsätzlich festzuhalten (siehe «Anlage-tätigkeit», Seite 15).

4.2.2 Darstellung der laufenden derivativen Instrumente

Der Einsatz von derivativen Instrumenten erfolgte im Berichtsjahr 2002 im Rahmen der Vorschriften gemäss Art. 56a BVV2.

a) Marktwert

Das per 31. Dezember 2002 ausgewiesene Anlagevermögen von CHF 10.047 Mrd. beinhaltet den Marktwert aller offenen derivativen Positionen (mit eingeschlossen sind auch die sich aus «Corporate Actions» ergebenden Bezugsrechte).

b) Engagement inkl. Derivate gemäss BVV2

In der Tabelle 4.2.1 sind Positionen in klassischen Termingeschäften, Futures und Swaps zu ihrem vollen Engagement gemäss BVV2 bereits enthalten. Diese sind auf die Anlagekategorien Nominalwerte in CHF 1.4 Mio., Vorjahr CHF 0.0 Mio.), Aktien Ausland (CHF 4.4 Mio., Vorjahr CHF 1.9 Mio.) und Commodities (CHF 244 Mio., Vorjahr CHF 220.7 Mio.) aufgeteilt (Vorjahr zusätzlich CHF-Obligationen CHF 120.5 Mio.).

Werden die Positionen in Optionen nach den in Art. 56a BVV2 festgehaltenen Kriterien berücksichtigt, so bleibt der prozentuale Anteil am Gesamtvermögen in den betreffenden Anlagekategorien, wie in Tabelle 4.2.1 unter der Spalte «Optionen» aufgeführt, unverändert.

Auf Ende 2002 wurden wie im Vorjahr keine Optionen auf Schweizer Aktien, die das Engagement erhöhen, gehalten. Das Exposure der Aktien Schweiz bleibt somit unverändert bei 10.8%. Das in CHF ausgedrückte Exposure der Aktien Ausland erhöht sich um CHF 0.1 Mio. (Vorjahr CHF 0.1 Mio.). Der prozentuale Anteil von 22.3% ändert sich nicht (Vorjahr ebenfalls unveränderter Anteil von 19.8%). Der gesamte Sachwertanteil bleibt unverändert bei 47.4% (Vorjahr unverändert 46.4%).

c) Liquiditätsdeckung; Ausweis der physischen Deckung für Derivate, die das Engagement reduzieren

Für die offenen derivativen Positionen per Ende Berichtsjahr nach Art. 56a BVV2 bestand eine volle Deckung.

Die für engagementerhöhende derivative Positionen erforderliche Liquidität belief sich auf CHF 250 Mio. (Vorjahr CHF 343 Mio.), die vorhandene Liquidität betrug CHF 611 Mio. (Vorjahr CHF 918 Mio.). Es waren keine engagementreduzierende derivative Positionen vorhanden (Vorjahr CHF 0.1 Mio.; Aktien Schweiz).

d) Gegenparteien

Per 31. Dez. 2002 wurden 34 (Vorjahr 35) offene Derivatpositionen registriert. Davon bestand für die Pensionskasse Stadt Zürich wie im Vorjahr bei allen Positionen ein positiver Anspruch (Gegenpartierisiko). 33 (Vorjahr 31) Kontrakte waren standardisiert und an einer offiziellen Terminbörse kotiert. Der gesamte Wiederbeschaffungswert des einzigen (Vorjahr 4) nicht an einer offiziellen Terminbörse gehandelten Kontraktes betrug per Ende 2002 CHF 0.1 Mio. (Vorjahr CHF 0.2 Mio.).

4.2.3 Anlagen beim Arbeitgeber

Die PKZH unterhielt am 31. Dezember 2002 folgende Guthaben gegenüber der Stadt Zürich (die Prozentzahlen beziehen sich auf das Gesamtvermögen):

	2002		2001	
	Mio. CHF	in %	Mio. CHF	in %
Annuitäten	827.0	8.2	860.0	7.8
Kontokorrent	39.1	0.4	177.0	1.6
Total	866.1	8.6	1'037.0	9.4

Das Annuitäten-Guthaben beinhaltet bereits eine vierprozentige Zinskomponente. Der Zins für die Kontokorrentanlagen wird entsprechend dem LIBOR drei Monate verzinst. Aufgrund der von der Schweizerischen Nationalbank publizierten Tageswerte ergab sich für das Jahr 2002 ein Durchschnitt von 1.17% (Vorjahreszinssatz gemäss Dreimonatssatz des CHF-Eurogeldmarktes 2.9%).

4.2.4 Wertschriftenausleihe

Über die Berichtsperiode der Wertschriftenausleihe, die sich vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2002 erstreckt, wurden Einnahmen von insgesamt CHF 1.2 Mio. (Vorjahr CHF 1.6 Mio.) erzielt, was 0.12‰ (Vorjahr 0.15‰) vom durchschnittlichen Gesamtvermögen bzw. 0.18‰ (Vorjahr 0.17‰) vom durchschnittlichen Wertschriftenvermögen ausmacht.

Das Ausleihen von Wertschriften wird ausschliesslich durch die zentrale Depotbank (Global Custodian) betrieben. Sie hat sich dabei an das von der Anlagekommission im Januar 1995 beschlossene und 1997 revidierte Subkonzept für die Wertschriftenausleihe zu halten. Dieses Subkonzept regelt vor allem die Sicherstellung, die Gewährleistung der Freiheit der externen Vermögensverwalter sowie die Berichterstattungspflicht der Depotbank.

	31. Dezember 2002	31. Dezember 2001
Securities Lending		
<u>Ausgeliehene Titel</u> , in Mio. CHF	472.0	437.0
<u>Ausleihbare Titel</u> , in Mio. CHF	6'576.0	7'385.0
<u>Ausgeliehene Titel</u> in % der ausleihbaren Titel	7.2	5.9

4.2.5 Performance

Das gesamte Anlagevermögen der PKZH ist während der Berichtsperiode um CHF 933 Mio. (Vorjahr CHF 1.003 Mio.) auf CHF 10.047 Mrd. (Vorjahr CHF 10.980 Mrd.) gesunken. Diese Wertverminderung setzt sich zusammen aus dem aktuarischen Netto-Mittelabfluss von CHF 217 Mio. (Vorjahr CHF 366 Mio.) sowie aus der Wertveränderung des Anlagevermögens, beinhaltend Kursveränderungen und Erträge, von CHF –716 Mio. (Vorjahr CHF –639 Mio.).

Die Wertveränderung der Anlagen entspricht einer Performance von –6.6% (Vorjahr –5.4%). Die theoretische Vergleichsrendite lag bei –7.5% (Vorjahr –5.5%). Ihre Berechnung erfolgt aufgrund der Börsenindizes, die entsprechend der Anlagestrategie gewichtet werden (inklusive Währungsabsicherung).

Bericht der Kontrollstelle

an den Stiftungsrat der Pensionskasse Stadt Zürich, Zürich

Als Kontrollstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang auf den Seiten 26–38), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse Stadt Zürich für das am 31. Dezember 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Vermögensanlage des Geschäftsjahres 2002 war die Kassenkommission und für die Jahresrechnung der Stadtrat auf Antrag des Stiftungsrates verantwortlich. Die Geschäftsführung und die Führung der Alterskonten lag unverändert in der Zuständigkeit des Stadtrates. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Geschäftsbereiche zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

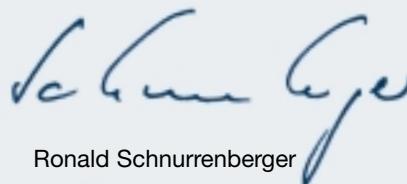
Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, den Statuten und den Verordnungen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG Fides Peat



Kurt Gysin
dipl. Wirtschaftsprüfer



Ronald Schnurrenberger
dipl. Wirtschaftsprüfer

Zürich, 25. April 2003

Allgemeine Informationen

Organe

(Stand 1. Mai 2003)

Stiftungsrat

Arbeitgebervertretungen

Martin Vollenwyder	Stadtrat, Stadt Zürich (Präsident)
Andi Hoppler	Stadt Zürich
Markus Knecht	Stadt Zürich
Robert Rüede	Stadt Zürich
Urs Ryf	Angeschlossene Unternehmen
Dr. Walter Stanek	Vertreter der Pensionsberechtigten
Alois Steiner	Angeschlossene Unternehmen
Monika Stocker	Stadträtin, Stadt Zürich
Ingeborg Vonlanthen	Stadt Zürich
Dr. Hermann Walser	Stadt Zürich

Versichertenvertretungen

Gabriel Allemann	Polizeidepartement	KPV
Walter Benz	Vertreter der Pensionsberechtigten	KPV
Irmgard Buss	Präsidialdepartement/Finanzdepartement	VPOD
Karl Eberli	Angeschlossene Unternehmen	VPOD
Georges Fritz	Sozialdepartement	
Alwin Huber	Departement der Industriellen Betriebe	VPOD
Jorge Serra	Gesundheits- und Umweltdepartement	VPOD
Rudolf Steiger	Angeschlossene Unternehmen (Vizepräsident)	VPOD
Yilmaz Sunu	Schul- und Sportdepartement	KPV
vakant	Hochbau/Tiefbau und Entsorgung	

KPV = Konferenz der Personalverbände VPOD = Verband des Personals öffentlicher Dienste

Sekretariat

René Engler	Pensionskasse Stadt Zürich
-------------	----------------------------

Stiftungsausschuss

Arbeitgebervertretungen

Markus Knecht	Stadt Zürich
Robert Rüede	Stadt Zürich
Martin Vollenwyder	Stadtrat, Stadt Zürich (Vizepräsident)

Versichertenvertretungen

Rudolf Steiger	Angeschlossene Unternehmen (Präsident)	VPOD
Irmgard Buss	Präsidialdepartement/Finanzdepartement	VPOD
Jorge Serra	Gesundheits- und Umweltdepartement	VPOD

Sekretariat

René Engler	Pensionskasse Stadt Zürich
-------------	----------------------------

Anlagekommission**Arbeitgebervertretungen**

Andi Hoppler	Stadt Zürich (Präsident)
Markus Knecht	Stadt Zürich
Dr. Walter Stanek	Stadt Zürich

Versichertenvertretungen

Walter Benz	Vertreter der Pensionsberechtigten	KPV
Alwin Huber	Departement der Industriellen Betriebe	VPOD
Rudolf Steiger	Angeschlossene Unternehmen (Vizepräsident)	VPOD

Externe beratende Mitglieder

Prof. Dr. Martin Janssen, Küsnacht
Dr. Daniel Wydler, Bern

Sekretariat

Ernst Betschart	Pensionskasse Stadt Zürich
-----------------	----------------------------

Geschäftsleitung

Dr. Ernst Welti	Versicherungen (Vorsitzender)
Armin Braun	Vermögensanlagen (Stv. Vorsitzender)
Richard Grolimund	Zentrale Dienste (Mitglied)

Kontrollstelle

KPMG Fides Peat, Zürich

Experte für berufliche Vorsorge

Dr. Olivier Deprez, Zürich

Vertrauensärztinnen und -ärzte**Allgemeine Untersuchungen**

Dr. med. Martin Bähler	
Dr. med. Franziska Bammatter	
Dr. med. Heinz Brögli	
Dr. med. Gondini Fravi	
Dr. med. Alkibiadis Goridis	
Dr. med. Lilly Levis-Kern	
Dr. med. Karl Müllly	nur Personal der Verkehrsbetriebe
Dr. med. Ursula Vogelsang	

Spezialärztinnen und -ärzte

Dr. med. Hansueli Burger	Psychiatrie
Prof. Dr. med. dent. Ulrich Saxer	Zahnmedizin
Dr. med. Hans-Heinrich Schiller	Neurologie
Dr. med. Hannes Schwarz	Augenkrankheiten
Dr. med. Thomas Syz	Chirurgie und Unfallmedizin
Dr. med. dent. Renato Trachsler	Zahnmedizin
Dr. med. Felix Wyss	Psychiatrie

**Personalärztinnen und -ärzte
der Stadtspitäler**

Dr. med. Robert Fries	Stadtpital Triemli
Dr. med. Ursula Möhr	Stadtpital Waid

Angeschlossene Unternehmen

Allgemeine Baugenossenschaft (ABZ)	Genossenschaftsgruppe HABITAT 8000	Spitex Albisrieden
Alterswohnheim Herrenbergli	Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft (GEWOBAG)	Spitex Altstetten
Alterswohnheim Studacker	Gewerkschaftsbund der Stadt Zürich (GBZ)	Spitex Aussersihl-Hard
Alterswohnheim Tannenrauch	Hürzeler & Co. AG	Spitex Fluntern
Baugenossenschaft Brunnenhof	Institut für Angewandte Psychologie (IAP)	Spitex Hottingen
Baugenossenschaft Denzlerstrasse	Integras Fachverband Sozial- und Heilpädagogik	Spitex Industrie Zürich 5
Baugenossenschaft der Strassenbahner von Zürich	Kath. Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung der Schweiz (KAB)	Spitex Oberstrass
Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals	Kinderheim Pilgerbrunnen	Spitex Oerlikon
Baugenossenschaft Frohheim	Krankenpflegeschule Zürich	Spitex Unterstrass
Baugenossenschaft Gisa	Krippeverein Albisrieden	Spitex Vitalis
Baugenossenschaft Graphika	Kulturama	Spitex Wiedikon
Baugenossenschaft Hagenbrünneli	Kunsthau Zürich	Spitex Wipkingen
Baugenossenschaft Halde Zürich (BHZ)	Markus Knecht Consulting AG	Spitex Zürich-Affoltern
Baugenossenschaft Hofgarten	Maternité Inselhof Triemli	Spitex Zürich-Altstadt
Baugenossenschaft Im Gut	Mieterbaugenossenschaft Vreneligsärtli	Spitex Zürich Nord
Baugenossenschaft Letten (BGL)	Nomad Counsel to Management AG	Spitex Zürich West
Baugenossenschaft Linth-Escher	OKAJ Zürich, Organisation und Kontaktstelle aller Jugendvereinigungen Zürich	Spitex Zürich 2
Baugenossenschaft Milchbuck	Opferhilfe-Beratungsstelle	Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich
Baugenossenschaft Rotach	PANORAMA Kranken- und Unfallversicherung	Stiftung Evang. Gesellschaft des Kantons Zürich
Baugenossenschaft Schönheim	Parkhaus Urania AG	Stiftung PWG
Baugenossenschaft Sonnengarten	Pestalozzigesellschaft	Stiftung Schule für Ergotherapie
Baugenossenschaft St. Jakob	Regionalplanung Zürich und Umgebung	Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien
Baugenossenschaft Waidberg	Santésuisse Zürich-Schaffhausen	Stiftung Somosa
Baugenossenschaft Zentralstrasse	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Logopädie	Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime SZKJ
Behindertenkonferenz Kanton Zürich BKZ	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter (SAEB)	Stiftung Zürcher Schülerferien
Berufsschule für Hörgeschädigte	Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft	Theater am Neumarkt AG
BiZZ Billettzentrale	Schweizerische Liga gegen Epilepsie	Theater Hochschule Zürich
BKE Berufsschule für Kleinkinderziehung	Schweizerische Stiftung für die Photographie	transfair
Bürgschafts- und Darlehensgenossenschaft der evangelischen Landeskirche des Kantons Zürich	Schweizerischer Berufsverband Soziale Arbeit (SBS)	Verband der stadtzürcherischen evangelisch-reformierten Kirchengemeinden
Christkatholische Kirchenpflege	Schweizerischer Schriftstellerinnen- und Schriftstellerverband	Verein Altersheim Im Ris
Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer	Schweizerischer Städteteverband	Verein Bergschulheim Casoja
Erdgas Ostschweiz AG	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD)	Verein Chinderhus
Erdgas Zürich AG	Schweizerischer Verband für das Gehörlosenwesen	Verein Die Dargebotene Hand
Fachhochschule Zürich, Schule für Soziale Arbeit	Schweizerischer Verband für Wohnungswesen	Verein Integriertes Wohnen für Behinderte (IWB)
Familienheimgenossenschaft Zürich (FGZ)	Schweizerisches Sozialarchiv	Verein katholisches Obdachlosenheim Caritas Hospiz
Fragile Suisse, Schweiz. Vereinigung für hirnverletzte Menschen	Schweizerisches Arbeiter- und Arbeiterinnenhilfswerk	Verein Nachbarschaftshilfe Zürich-Altstetten/Grünau
Frauenhilfsverein Aussersihl-Hard	Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft	Verein Werkstätte Drahtzug
Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft	Schweizerisches Jugendbuch-Institut (Johanna-Spyri-Stiftung)	Verein Wohnhaus Röschiach
Gemeinnützige Baugenossenschaft Röntgenhof	Siedlungsgenossenschaft Eigengrund	Verein Zürcher Jugendwohnungen
Gemeinnützige Baugenossenschaft Selbsthilfe	Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich	Volkshausstiftung
Gemeinnützige Baugenossenschaft Wiedinghof	Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich	VP-Management GmbH
Gemeinnützige Baugenossenschaft Zürich 2	Spitex-Verein Schwamendingen	Wohnpflegeheim Häuptli
Genossenschaft Campo Cortoi	Spitex-Verein Seebach	Wohnpflegeheim Kull
Genossenschaft der Baufreunde	Spitex-Zentrum Höngg	Zentralbibliothek Zürich
Genossenschaft Gehörlosenhilfe Zürich (GGHZ)		Zentralstelle für Ehe- und Familienberatung
Genossenschaft Limmathaus Zürich		Zoologischer Garten Zürich
		Zürcher Fürsorgeverein für Gehörlose